Zusammenlegung der kantonalen Amts- und Rechnungsjahre auf den 1. Januar

- **Verfassung des Kantons Aargau; Änderung**
- **Gesetz über die Organisation des Grossen Rates und über den
Verkehr zwischen dem Grossen Rat, dem Regierungsrat und dem
Obergericht (Geschäftsverkehrsgesetz, GVG); Änderung**

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen den Entwurf zur Teilrevision der Kantonsverfassung (KV) und des Gesetzes über die Organisation des Grossen Rates und über den Verkehr zwischen dem Grossen Rat, dem Regierungsrat und dem Obergericht (Geschäftsverkehrsgesetz, GVG) sowie die vorliegende Botschaft für die 2. Beratung.

Zusammenfassung

Mit einer vom Grossen Rat am 11. November 2008 überwiesenen Motion verlangen Herbert H. Scholl und 20 weitere Ratsmitglieder die Zusammenlegung der kantonalen Amts- und Rechnungsjahre auf den 1. Januar. Es soll damit eine Kongruenz zwischen den finanziellen Verantwortlichkeiten und den Amtstätigkeiten hergestellt werden. Thematisch besteht ein enger Bezug zum parlamentarischen Auftrag vom 2. Dezember 2008, wonach die Grossrats- und Regierungsratswahlen zusammengelegt werden sollen. Ziel desselben ist es, dass ein gemeinsamer Wahlkampf für die Sitze in der Regierung und im Parlament geführt werden kann.

Zur Umsetzung der erwähnten Motion wird vorgeschlagen, die nächste Amtsperiode (2013 ff.) des Grossen Rats und des Regierungsrats um drei Monate zu verkürzen. Sie dauert somit vom 1. April 2013 bis am 31. Dezember 2016. Eine analoge Anpassung des Beginns der Legislatur drängt sich auch bei den Bezirks- und Kreisbehörden auf. Des Weiteren ist es zweckmässig, den Beginn der Amtsdauer der vom Grossen Rat gewählten Gremien (Oberrichterinnen und Oberrichter, Mitglieder des Kuratoriums etc.) auf die Mitte der Legislatur des Parlaments zu verschieben.

Die nächsten Gesamterneuerungswahlen für den Grossen Rat und den Regierungsrat sollen erstmals im Herbst 2012 (zweite Oktoberhälfte) gleichzeitig durchgeführt werden. Ein allfälliger zweiter Wahlgang des Regierungsrats soll am Blanko-Abstimmungstermin des Bundes für das vierte Quartal (Ende November) stattfinden.

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 2. November 2010 in 1. Beratung den Entwurf zur Teilrevision der Kantonsverfassung mit 115 zu 8 Stimmen und denjenigen zur Teilrevision des Geschäftsverkehrsgesetzes mit 113 zu 12 Stimmen zum Beschluss erhoben. Auf Antrag der vorberatenden Kommission sind zwei Prüfungsaufträge überwiesen worden.

Als Ergebnis des Prüfungsauftrags (betreffend Anmeldefrist für zweite Wahlgänge) wird vorgeschlagen, die Frist, welche für die Anmeldung von Kandidatinnen und Kandidaten im zweiten Wahlgang zur Verfügung steht, nicht nur bei den Regierungsrats- sondern auch bei den Ständeratswahlen auf fünf Tage festzulegen. Für die übrigen Wahlen (Bezirks-, Kreis-, Gemeindewahlen) soll demgegenüber weiterhin eine Frist von zehn Tagen massgebend sein. Der Prüfungsauftrag betreffend Frist zur Anmeldung von Wahlvorschlägen führt zu keinen Änderungen der Vorlage.

Ergänzend wird neu die in § 6 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte geregelte Amtsperiode der Anwaltskommission entsprechend angepasst. Die aus dem Jahr 1885 stammende Verordnung über die Einrichtung des neuen Amtsjahres kann zudem aufgehoben werden, da den darin enthaltenen Bestimmungen keine Relevanz mehr zukommt.

Im Übrigen unterbreitet der Regierungsrat das Ergebnis der 1. Beratung unverändert zur 2. Beratung.

1. Ausgangslage

Die vierjährigen Amtsperioden des Grossen Rats, des Regierungsrats sowie der Bezirks- und Kreisbehörden (zum Beispiel Friedensrichterinnen und Friedensrichter) beginnen heute jeweils am 1. April. Demgegenüber sind die Amtsjahre der Mitglieder von Gemeindebehörden deckungsgleich mit den Kalenderjahren. Die vom Parlament gewählten Behördenmitglieder (zum Beispiel Oberrichterinnen und Oberrichter, Mitglieder des Kuratoriums) treten ihr Amt regelmässig am 1. Oktober desjenigen Jahrs an, in dem die Legislatur des Grossen Rats beginnt. In einer vom Grossen Rat am 11. November 2008 überwiesenen Motion wird die Zusammenlegung des Beginns der kantonalen Amts- und Rechnungsjahre auf den 1. Januar verlangt. Es soll damit eine Kongruenz zwischen den finanziellen Verantwortlichkeiten und den Amtstätigkeiten hergestellt werden. Zudem wird vom Parlament in einem am 2. Dezember 2008 überwiesenen Auftrag die gleichzeitige Durchführung der Grossrats- und Regierungsratswahlen gefordert. Ziel dieses parlamentarischen Vorstosses ist es, dass ein gemeinsamer Wahlkampf für die Sitze in der Regierung und im Parlament geführt werden kann. Dies würde die Parteien und die Kandidierenden in organisatorischer und finanzieller Hinsicht entlasten.

Für die Umsetzung der Motion ist vorgesehen, die nächste Amtsperiode des Grossen Rats und des Regierungsrats um drei Monate zu verkürzen. Sie soll dementsprechend vom 1. April 2013 bis am 31. Dezember 2016 dauern. Das erste Jahr der nächsten Amtsdauer würde ein letztes Mal am 1. April beginnen und am 31. Dezember 2013 enden. Die weiteren Amtsjahre wären dann mit den Rechnungs- beziehungsweise Kalenderjahren identisch. Eine analoge Anpassung des Beginns der Legislatur drängt sich auch bei den vom Volk gewählten Bezirks- und Kreisbehörden auf. Des Weiteren erscheint es zweckmässig, den Beginn der Amtsdauer der vom Grossen Rat gewählten Gremien (insbesondere Oberrichterinnen und Oberrichter) auf die Mitte der Legislatur zu verschieben. Bezweckt wird damit, eine klarere Trennung der Wahlen von Richterinnen und Richter zu erreichen. Zudem wird damit verhindert, dass der neu gewählte Grosse Rat bereits in den ersten Monaten wichtige personelle Entscheidungen treffen muss.

Die nächsten Gesamterneuerungswahlen für den Grossen Rat und den Regierungsrat sollen erstmals im Herbst 2012 (zweite Oktoberhälfte) gleichzeitig durchgeführt werden. Ein allfälliger zweiter Wahlgang des Regierungsrats soll am Blanko-Abstimmungstermin des Bundes für das vierte Quartal (Ende November) stattfinden.

2. Ergebnis der 1. Beratung

Am 2. November 2010 behandelte der Grosse Rat in 1. Beratung die Botschaft vom 1. September 2010 zur Revision der Kantonsverfassung (KV) und des Geschäftsverkehrsgesetzes (GVG). Der vorgelegte Entwurf zur Änderung der Kantonsverfassung wurde mit 115 zu 8 Stimmen zum Beschluss erhoben. Gleichzeitig wurden die Änderung des Geschäftsverkehrsgesetzes mit 113 gegen 12 Stimmen verabschiedet und die eingangs erwähnten parlamentarischen Vorstösse abgeschrieben.

Das Ergebnis der 1. Beratung entsprach der regierungsrätlichen Vorlage vom 1. September 2010. Zu Diskussionen in der zuständigen grossrätlichen Kommission (Kommission für allgemeine Verwaltung [AVW]) und im Grossen Rat Anlass gab vor allem der für die nächsten gemeinsamen Gesamterneuerungswahlen in Aussicht genommene Wahltermin. Ein Antrag, die Erneuerungswahl des Grossen Rats auf den Blanko-Abstimmungstermin des Bundes im dritten Quartal – somit Ende September – zu legen, wurde vom Parlament mit 84 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

Auf die 2. Beratung hin überwies der Grosse Rat zwei Prüfungsaufträge der Kommission AVW. Sie betreffen einerseits die für die Einreichung von Wahlvorschlägen und andererseits die für die Anmeldung für zweite Wahlgänge massgebende Frist. Die Prüfungsaufträge wurden mit 124 zu 0 beziehungsweise mit 117 gegen 6 Stimmen gutgeheissen.

3. Prüfungsaufträge für die 2. Beratung

3.1 Frist zur Einreichung von Wahlvorschlägen (zu § 29a Abs. 1 Gesetz über die politischen Rechte, GPR)

Die Kommission AVW stellt den folgenden Prüfungsantrag:

"Der Regierungsrat wird beauftragt, im Hinblick auf die 2. Beratung bei allen Majorzwahlen die generelle Verkürzung der Anmeldefrist bis am 44. Tag vor dem Hauptwahlgang zu prüfen."

Aus abstimmungstechnischen Gründen ist eine Verkürzung der für den ersten Wahlgang geltenden Anmeldefrist von heute 58 auf 44 Tage bei bestimmten Majorzwahlen nicht praktikabel. Die Situation präsentiert sich dabei unterschiedlich, je nachdem, ob für die Besetzung des Gremiums eine stille Wahl in Frage kommt, oder ob zwingend eine Urnenwahl stattfinden muss. Im ersteren Fall – dieser trifft bei Ersatzwahlen auf Bezirks- und Kreisebene zu – wäre es nicht mehr möglich, die vor dem Hauptwahltag anfallenden Arbeiten fristgerecht vorzunehmen und die zeitlichen Vorgaben der anwendbaren gesetzlichen Grundlagen bei sämtlichen Konstellationen zu gewährleisten. Konkret gestaltet sich der Ablauf bei Ersatzwahlen auf Bezirks- und Kreisebene wie folgt:

Nachdem die bis am 44. Tag vor dem Wahltag eingegangenen Wahlvorschläge von der zuständigen Behörde geprüft wurden, lässt letztere die Namen der Kandidatinnen und Kandidaten im Amtsblatt publizieren, sofern weniger oder gleich viele wählbare Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen wurden, als zu wählen sind. Gleichzeitig wird in diesem Fall eine Nachmeldefrist von fünf Tagen angesetzt, innerhalb deren die Möglichkeit besteht, neue Vorschläge einzureichen (§ 30a Abs. 1 Gesetz über die politischen Rechte [GPR] vom

10. März 1992; SAR 131.100). In zeitlicher Hinsicht verstreichen zwischen dem Eingang der ursprünglichen Wahlvorschläge und deren Publikation im Amtsblatt bereits zehn, bis die erwähnte Nachmeldefrist abgelaufen ist, weitere fünf Tage. Gehen innerhalb der Anmeldefrist zusätzliche Kandidaturen ein und übertrifft die Anzahl der Anmeldungen die Anzahl der zu vergebenden Sitze, wird eine Urnenwahl durchgeführt. Für die Erteilung des Druckauftrags an die Druckerei, den Druck der Wahlzettel und deren Verteilung an die betroffenen Gemeinden durch Lastwagen oder per Post werden praxisgemäss drei Werktage benötigt. Vom dargestellten zeitlichen Ablauf her würden damit die für die Verpackung und den Versand an die Wahlberechtigten zuständigen Gemeinden am 25. Tag vor dem Wahltag in Besitz des Wahl- und Stimmmaterials gelangen. Dies ist aber regelmässig zu spät, da die Wahlunterlagen zu diesem Zeitpunkt bereits versandt sein müssten (Postaufgabe durch die Gemeinden spätestens 37 Tage vor dem Wahltag).

Ersatzwahlen auf Bezirks- und Kreisebene werden in der Praxis fast ausschliesslich auf Blanko-Abstimmungstermine des Bundes gelegt. Das geltende Bundesrecht schreibt vor, dass bei Sachvorlagen des Bundes die zur gültigen Stimmabgabe nötigen Unterlagen (insbesondere Stimmzettel und Stimmausweis) frühestens vier und spätestens drei Wochen vor dem Abstimmungstermin den Stimmberechtigten zugestellt werden müssen (Art. 11 Abs. 3 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte vom 17. Dezember 1976; SR 161.1). Finden also gleichzeitig eidgenössische Abstimmungen und kantonale Wahlen statt, müssen die Unterlagen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern frühestens am 27. (Montag) und spätestens am 23. Tag (Freitag) vor dem Abstimmungs- und Wahlsonntag zugestellt worden sein. Den Gemeinden würde somit bei Ersatzwahlen auf Bezirks- und Kreisebene mit nachträglichen Anmeldungen nicht mehr genügend Zeit zur Verfügung stehen, um die Abstimmungs- und Wahlunterlagen zu verpacken und deren Versand fristgerecht in Auftrag zu geben, wenn die Anmeldefrist auf den 44. Tag vor dem Hauptwahlgang verkürzt würde. Anders als bei kommunalen Wahlen wird hier die längere Frist in der Praxis benötigt.

Demgegenüber sind stille Wahlgänge beim ersten Wahlgang des Ständerats, des Regierungsrats, des Gemeinderats sowie des Gemeindeammanns beziehungsweise des Vizeammanns gemäss § 30b GPR ausgeschlossen. Dementsprechend entfällt auch für diese Majorzwahlen das vorstehend beschriebene Zwischenverfahren mit allfälligen Nachnominierungen gemäss § 30a GPR. Dies hat zur Folge, dass (analog den kommunalen Wahlen) auch bei den Kantonswahlen eine Verkürzung der Anmeldefrist bis auf den 44. Tag vor dem Hauptwahlgang von den zeitlichen Verhältnissen her grundsätzlich möglich wäre. Gleichwohl erachtet der Regierungsrat eine solche aber als nicht sinnvoll. Bei Ständerats- und Regierungsratswahlen ist das Interesse der Öffentlichkeit, möglichst frühzeitig Kenntnis über die angemeldeten Kandidatinnen und Kandidaten erlangen zu können, grösser als bei Gemeinderatswahlen. Anders als teilweise auf Gemeindeebene werden beim Regierungsrat die dem Gemeindeammann und dem Vizeammann entsprechenden Funktionen (Landammann, Landstatthalter) nicht in einem separaten (gestaffelten) Wahlgang bestellt.

Eine generelle Verkürzung der Anmeldefrist bis am 44. Tag vor dem Hauptwahltag ist daher nicht umsetzbar.

3.2 Frist für Anmeldung zu zweiten Wahlgängen (zu § 32 Abs. 1 GPR)

Die Kommission AVW stellt des Weiteren den folgenden Prüfungsantrag:

"Der Regierungsrat wird beauftragt, im Hinblick auf die 2. Beratung abzuklären, ob die Anmeldefrist für den zweiten Wahlgang generell auf fünf Tage verkürzt werden kann."

Eine generelle Verkürzung der Anmeldefrist für den zweiten Wahlgang wurde bereits im Rahmen der Anhörung zur Vorlage als Variante 1 zur Diskussion gestellt. Sie wurde von einer Mehrheit der Anhörungsteilnehmenden als nicht zweckmässig beurteilt. Dabei wurde vor allem zu Bedenken gegeben, dass in der Schweiz die politische Ämter ausübenden Personen regelmässig nicht als Berufspolitikerinnen und Berufspolitiker tätig sind. Auch wurde argumentiert, es solle den Parteien genügend Zeit eingeräumt werden, um die im Hinblick auf allfällige zweite Wahlgänge notwendigen organisatorischen Vorkehrungen und politischen Entscheide treffen zu können. Insbesondere bei Wahlen auf Gemeindeebene bereite es oftmals Mühe, Kandidatinnen und Kandidaten zu finden. Aus all diesen Gründen sprachen sich die meisten Anhörungsteilnehmenden für die Umsetzung von Variante 2 aus, welche die Verkürzung der Anmeldefrist auf den zweiten Wahlgang des Regierungsrats beschränkte. Bei den übrigen Wahlen, insbesondere den Bezirks-, Kreis- und Gemeindewahlen, sollte weiterhin eine zehntägige Anmeldefrist zur Anwendung gebracht werden. Bereits in der im Jahr 2007 durchgeführten Anhörung zur damaligen Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte fand die vom Departement Volkswirtschaft und Inneres vorgeschlagene generelle Verkürzung der Anmeldefrist für zweite Wahlgänge bei den Parteien und den meisten Gemeinden wenig Unterstützung. Befürchtet wurde schon damals, dass damit nicht genügend Zeit für die Suche nach Kandidatinnen und Kandidaten für zweite Wahlgänge verbleibe. Der Vorschlag wurde deshalb in der Folge auch fallengelassen.

Die Anmeldefrist für den zweiten Wahlgang ist erst im Jahr 2000 von fünf auf zehn Tage heraufgesetzt worden. Damals wurde gleichzeitig die Frist für die Abgabe der Wahlannahmeerklärung in § 35 Abs. 2 GPR auf drei Tage verkürzt. Wie aus den Materialien zu dieser Gesetzesrevision hervorgeht, sollte mit der verlängerten Frist den Parteien oder Gruppierungen eine echte Möglichkeit gegeben werden, Kandidatinnen und Kandidaten suchen und anmelden zu können. Mit der damals vorgeschlagenen Lösung wurde beabsichtigt, die Mitwirkungsrechte zu optimieren und die demokratische Transparenz sicherzustellen (Botschaft des Regierungsrats an den Grossen Rat zur Teilrevision des GPR vom 25. März 1999, S. 15 f.).

Vor diesem Hintergrund erscheint dem Regierungsrat eine generelle Verkürzung der Anmeldefrist für zweite Wahlgänge nicht angezeigt. Allerdings erachtet er es als sinnvoll, in dieser Frage zu differenzieren. Die von den Parteien vorgebrachten Argumente betreffen in erster Linie die zweiten Wahlgänge auf Bezirks-, Kreis- und Gemeindeebene. Bei diesen ist es nach Ansicht des Regierungsrats sachgerecht, an der bisherigen zehntägigen Frist festzuhalten. Es wird damit der Partei erleichtert, allenfalls im zweiten Wahlgang mit einer neuen Kandidatur ins Rennen zu steigen. Anders sieht es aber bei den Ständeratswahlen aus. Bei diesen präsentiert sich die Situation gleich wie bei den Regierungsratswahlen. Die Gesamterneuerungswahlen für den Ständerat finden jeweils in der zweiten Oktoberhälfte statt. Muss ein zweiter Wahlgang durchgeführt werden, wird dieser in der Praxis auf den 4. Blanko-Abstimmungstermin des Bundes Ende November gelegt. Damit dieser ohnehin sehr enge Zeitplan eingehalten werden kann, drängt es sich auf, die geltende Anmeldefrist auf fünf Tage zu

verkürzen. Es wird damit wertvolle Zeit gewonnen, welche für die administrative Vorbereitung des zweiten Wahlgangs (Druck, Auslieferung an die Gemeinden und Zustellung durch die Post etc.) zusätzlich zur Verfügung steht. Diese – analog bei den Regierungsratswahlen bereits im Rahmen der 1. Beratung der Vorlage getroffene – Massnahme erlaubt es, die Minimalfrist zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang bei Ständeratswahlen zu reduzieren und damit den zeitlichen Druck, dem die Gemeinden ausgesetzt sind, zu vermindern. Des Weiteren können damit rasch klare Verhältnisse bei allfälligen zweiten Wahlgängen geschaffen und taktische Manöver verhindert werden.

Der Regierungsrat schlägt deshalb vor, von der für die Anmeldung im zweiten Wahlgang allgemein massgebenden Frist von zehn Tagen nicht nur bei den Regierungsrats- sondern auch bei den Ständeratswahlen abzuweichen. Für diese beiden Wahlen soll eine Frist von fünf Tagen zur Anwendung kommen. In dieser Hinsicht würde der vor der erwähnten Teilrevision des GPR im Jahr 2000 geltende rechtliche Zustand wieder hergestellt.

4. Vorlage für die 2. Beratung

4.1 Änderung von § 32 Abs. 1 GPR (Ständeratswahlen)

Als Ergebnis des Prüfungsauftrags betreffend Anmeldefrist für zweite Wahlgänge ist in der Vorlage vorgesehen, in § 32 Abs. 1 GPR eine differenzierende Regelung zu verankern. Diese Bestimmung sieht neu vor, dass nicht nur bei Regierungsrats- sondern auch bei Ständeratswahlen die Frist, um Kandidatinnen und Kandidaten im zweiten Wahlgang anzumelden, fünf Tage beträgt. Für die übrigen Wahlen (Bezirks-, Kreis-, Gemeindewahlen) gilt weiterhin eine Frist von zehn Tagen.

4.2 Fremdänderung (Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte, EG BGFA)

Die Anwaltskommission ist unter anderem zuständig, die Aufsicht über die im kantonalen Register eingetragenen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte auszuüben. Sie wird vom Obergericht auf vier Jahre gewählt. Nach geltender Rechtslage beginnt deren Amtsperiode – analog derjenigen der Oberrichterinnen und Oberrichter – am 1. Oktober desjenigen Jahrs, in dem die Amtsperiode des Grossen Rats und des Regierungsrats anfängt (§ 6 Abs. 1 Satz 2 Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte [EG BGFA] vom 2. November 2004; SAR 290.100). Da in der Anwaltskommission von Gesetzes wegen zwingend zwei Oberrichterinnen oder Oberrichter Einsitz nehmen (§ 6 Abs. 2 EG BGFA), ist es zweckmässig, deren Amtsperiode im Rahmen des vorliegenden Gesetzgebungsprojekts in Übereinstimmung mit der vom Grossen Rat gewählten Justizfunktionäre zu regeln. § 6 Abs. 1 Satz 2 EG BGFA wird dementsprechend angepasst. Analog zum auf die Oberrichterinnen und Oberrichter zugeschnittenen neuen § 132 Abs. 5 KV wird in § 21 Abs. 1 eine Übergangsregelung geschaffen. Bei dieser Gelegenheit kann § 21 Abs. 2 Satz 1 EG BGFA gestrichen werden, da dieser Regelung keine Relevanz mehr zukommt.

Im Übrigen unterbreitet der Regierungsrat dem Grossen Rat die Vorlage gemäss Ergebnis der 1. Beratung unverändert zum Beschluss.

4.3 Aufhebung der Verordnung über die Einrichtung des neuen Amtsjahres

Die grossrätliche Verordnung über die Einrichtung des neuen Amtsjahres vom 27. November 1885 wäre nach heutiger Terminologie als Dekret einzustufen. Dieser Erlass enthält Angaben zu Beginn und Ende der Amtsdauer der gesetzgebenden, vollziehenden und richterlichen Behörden, der öffentlichen Beamten des Staates und der Gemeinden, sowie zum Ablauf der jeweiligen Wiederwahl. Die Verordnung stützt sich noch auf die alte, zwischenzeitlich aufgehobene Staatsverfassung vom 23. April 1885 ab. Sämtliche darin enthaltene Bestimmungen sind entbehrlich, weshalb sie ohne Verlust aufgehoben werden kann.

5. Vorzeitiges Inkrafttreten des revidierten § 32 Abs. 1 GPR

Die Ständeratswahlen werden in der Praxis zeitgleich mit den Nationalratswahlen durchgeführt. Die nächsten Nationalratswahlen finden am 23. Oktober 2011 statt. Der Regierungsrat hat beschlossen, die Ständeratswahlen 2011 auf den gleichen Wahlsonntag zu legen. Ein allfälliger zweiter Wahlgang würde am 4. Blanksabstimmungstermin des Bundes, somit am 27. November 2011, stattfinden. Um das Risiko auszuschliessen, dass dieser nicht zeitgerecht vorbereitet werden könnte, drängt es sich auf, die vorgeschlagene Änderung des GPR für die Ständeratswahlen 2011 wirksam werden zu lassen. Die Gemeinden können somit bereits bei den nächsten kantonalen Wahlen vom Zeitgewinn, der mit der Verkürzung der Anmeldefrist für den zweiten Wahlgang verbunden ist, profitieren. Dies macht eine vorzeitige Inkraftsetzung von § 32 Abs. 1 GPR (neu) nötig (vgl. Beilage 2, IV., Abs. 2). In Anwendung von § 78 Abs. 4 KV und § 37 GVG ist die vorzeitige Inkraftsetzung von der absoluten Mehrheit aller Mitglieder des Grossen Rats zu beschliessen. Die genannte Gesetzesbestimmung untersteht zudem der nachträglichen Volksabstimmung nach den §§ 62 Abs. 1 lit. b und 63 Abs. 1 lit. a KV.

Zum Antrag:

Der Beschluss gemäss Ziffer 1 untersteht dem obligatorischen Referendum gemäss § 62 Abs. 1 lit. a der Kantonsverfassung.

Der Beschluss gemäss Ziffer 2 untersteht dem fakultativen Referendum gemäss § 63 Abs. 1 lit. a der Kantonsverfassung, sofern ihm die absolute Mehrheit der Mitglieder des Grossen Rats zustimmt. Erreicht die Abstimmung nicht 71 befürwortende Stimmen oder wird das Behördenreferendum gemäss § 62 Abs. 1 lit. b der Kantonsverfassung ergriffen, findet eine Volksabstimmung statt.

Der Beschluss gemäss Ziffer 3 erfordert in Anwendung von § 37 Abs. 1 GVG die Zustimmung der absoluten Mehrheit der Mitglieder des Grossen Rats.

Antrag:

1.

Der vorliegende Entwurf einer Änderung der Verfassung des Kantons Aargau wird in 2. Beratung zum Beschluss erhoben.

2.

Der vorliegende Entwurf einer Änderung des Gesetzes über die Organisation des Grossen Rates und über den Verkehr zwischen dem Grossen Rat, dem Regierungsrat und dem Obergericht (Geschäftsverkehrsgesetz, GVG) wird in 2. Beratung zum Beschluss erhoben.

3.

§ 32 Abs. 1 GPR wird in Anwendung von § 37 GVG vorzeitig auf den 1. Juli 2011 in Kraft gesetzt.

4.

Die Verordnung über die Einrichtung des neuen Amtsjahres vom 27. November 1885 wird aufgehoben.

Aarau, 23. Februar 2011

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATS

Landammann:

Staatsschreiber:

Peter C. Beyeler

Dr. Peter Grünenfelder

Beilagen:

Beilage 1: Synopse Verfassung des Kantons Aargau

Beilage 2: Synopse Gesetz über die Organisation des Grossen Rates und über den Verkehr zwischen dem Grossen Rat, dem Regierungsrat und dem Obergericht (Geschäftsverkehrsgesetz, GVG)

Beilage 3: Entwurf des Aufhebungsbeschlusses für die Verordnung über die Einrichtung des neuen Amtsjahres